

Politische Selbstbedienung

Belgien gehört in Europa zu den Ländern mit dem aufwendigsten Regierungs- und Verwaltungsapparat, der größten Staatsverschuldung und den höchsten Steuerabgaben. Wie kann unser Land seine Steuern senken, wenn mindestens 200.000 überzählige Funktionäre, 7 Parlamente mit insgesamt 500 Parlamentariern und 6 Regierungen mit 55 Ministern Hunderte von Millionen Euro kosten, und wenn sich jede Gemeinde eine Vielzahl von politischen Mandatarien leistet. Die Staatsschuld übersteigt 280 Milliarden Euro und sie steigt weiter, trotz der Veräußerung des gesamten Staatsvermögens, weil immer weiter ausgegeben wird, obschon dazu die Mittel fehlen. Jährlich müssen 17 Milliarden Euro nur an Zinsen – nicht Tilgung! - gezahlt werden und bereits 1,5 Millionen Belgier leben in Armut! Die belgischen Politiker haben Belgien nach ihren Wünschen regionalisiert, um so ein Maximum an Verwaltungs-, Parlamentarier- und Ministerposten zu schaffen. Die politische Vetternwirtschaft und die Selbstbedienung sind zur Regel geworden.

Wenn Belgien also nicht an seinem institutionellen Wirrwarr, seinen Kosten und seiner Funktionsunfähigkeit zu Grunde gehen bzw. auseinander brechen soll, dann muss die Zahl der Gemeinschaften und Regionen, der Parlamente und Regierungen verringert werden.

Das liegt auf der Hand für die Instanzen "Wallonische Region" und "Französischsprachige Gemeinschaft", es gilt für die unnötige Instanz "Region Brüssel" und für die Provinzialinstanzen. Es gilt aber auch für die Deutschsprachige Gemeinschaft! In unserer kleinen Gemeinschaft mit 73.000 Belgiern leiden unsere führenden Politiker offensichtlich an Größenwahn: Mit 4 Ministern, 25 Parlamentariern und der Forderung nach einer Großregion mit Übernahme aller Kompetenzen! Das hat Nichts mehr zu tun mit der Berechtigung zur kulturellen Autonomie als Deutschsprachige Gemeinschaft und der damit begründbaren Vertretung in den zuständigen Gremien. Durch solche Handlungsweisen und Forderungen machen wir uns unglaublich und sogar lächerlich, aber vor allem schaden wir dadurch dem Zusammenhalt des belgischen Föderalstaates!

Wer Belgien liebt, - und möchte, dass es für die DG so bleibt wie es ist -, der sollte sich dafür einsetzen, dass der Föderale Staat die größtmögliche Kompetenz behält, dass das föderale Parlament gegenüber den Parteiführungen gestärkt wird, und dass Brüssel wieder ganz einfach nur die Hauptstadt aller Belgier ist!

Die meisten Menschen in der Wallonie, viele Menschen in Flandern und fast alle Menschen in der DG wollen Belgier bleiben: Das wird aber ganz offensichtlich schwierig sein, wenn die Mehrheit weiterhin politisches Desinteresse an den Tag legt und durch ihr immer gleiches Wahlverhalten kaum Kritik an den traditionellen Parteien übt.

Joseph Meyer, St.Vith

VIVANT- Fraktion im PDG